

Verbindung. Es galt bei alledem, unsere wachsende Bevölkerung, den jährlichen Überschuß von fast 900 000 Menschen, durch Steigerung unserer Exportindustrie zu versorgen, da auch ein verstärkter landwirtschaftlicher Betrieb dazu nicht ausreichte, und Siedlungskolonien uns nicht zu Gebote standen. Dieses Ziel ist auf eine befriedigende Weise erreicht worden. Die Auswanderung, die nach 1871 eine starke Ausdehnung angenommen hatte, ist seit den 80 er Jahren zum Rückgang gekommen und weiterhin fast ganz verschwunden. Das ist das Hauptresultat der Weltpolitik in den ersten 25 Jahren Kaiser Wilhelms II. Und dieses Resultat ist erreicht worden, ohne daß es deswegen zu einer Störung des Weltfriedens zu kommen brauchte. Wo sich überseeische Verwicklungen ergaben, wie in der Marokkofrage, da hat die Weltpolitik Wilhelms II. einen billigen Ausgleich der Gefahr eines Weltkrieges entschlossen vorgezogen. Das war nicht nach dem Sinn alldeutscher Heißjähorne, aber sicherlich nach dem Sinn der großen Mehrzahl des deutschen Volkes.

Im Innern wie nach außen stand die Politik Wilhelms II. im Zeichen des Friedens. Die Idee der sozialen Gerechtigkeit leuchtete ihr als Leitstern; das Ziel war: Ausgleich der großen Interessengegenätze, Verhütung des Klassenkampfes. Auch dieses Ziel ist, das können wir sagen, innerhalb der Grenzen erreicht worden, die durch die Unvollkommenheit der menschlichen Natur gezogen sind. Trotz der steigenden Bedeutung unserer Exportgewerbe haben wir nicht die Bahn einer einseitig industrialistischen Entwicklung, wie England, eingeschlagen; wir haben unsere Landwirtschaft vor dem drohenden Verfall bewahrt und sie in den Stand gesetzt, den größten Teil des einheimischen Bedarfs an Lebensmitteln zu befriedigen, so daß unsere Abhängigkeit vom Ausland sich in erträglichen Grenzen hält; und der unvermeidliche Interessengegensatz zwischen den Erzeugern und den Verzehreru der Nahrungsmittel konnte dabei zwar nicht ausgeschaltet, aber doch in Schranken gehalten und zu einem leidlichen Ausgleich gebracht werden. Der Vorzug, den eine monarchische Regierung vor jeder parlamentarischen Parteiregierung voraus hat, daß sie über den wirtschaftlichen und sozialen Klassengegensätzen steht und unabhängig von den einseitigen Ausschönungen und Forderungen der Parteien das Staatswohl zur Richtschnur ihrer Politik machen kann, hat sich auch in der Arbeiterfrage bewährt. Der Weg zum sozialen Frieden wurde im ganzen unbeirrt fortgesetzt, wenn auch die optimistischen Erwartungen der ersten Regierungsjahre sich nicht ganz erfüllten. Das Sozialistengesetz wurde seit 1890 nicht wieder erneuert; statt dessen beschritt der Kaiser — trotz der Bedenken Bismarcks — die Bahn einer umfassenden Arbeiterschutzgesetzgebung. Es kam in erster Linie darauf an, den Arbeitern Schutz zu gewähren gegen eine willkürliche und schrankenlose Ausbeutung der Arbeitskraft, den Umfang der Kinderarbeit einzuschränken mit Rücksicht auf die Gebote der Menschlichkeit, die Stellung der Frauen im Haushalt der Arbeiter bei der Berechnung ihrer Arbeitszeit in der Fabrik mehr als bisher zu berücksichtigen und dadurch dem Familienleben mehr Halt und Ordnung zu geben. Eine internationale Konferenz diente dazu, wenigstens prinzipiell eine Übereinstimmung der sozialpolitischen Autoritäten aus den wichtigsten Kulturländern zu erzielen, die eine gewisse Bürgschaft dafür bot, daß Deutschland, wenn es mit einer gesetzlichen Regelung dieser Verhältnisse vorging, nicht auf die Dauer allein bleiben würde. Denn natürlich mußte eine Gefahr, die Bismarck

immer betont hatte, vermieden werden, nämlich die, daß die Konkurrenzfähigkeit unserer Industrie auf dem Weltmarkt durch eine solche Gesetzgebung beeinträchtigt würde. So entstand das Arbeiterschutzgesetz vom 1. Juni 1891, dessen Bestimmungen noch durch weitere Gesetze aus den nächsten Jahren ergänzt worden sind. Daneben ist die Arbeiterversicherungsgesetzgebung in der schon oben angedeuteten Weise ausgebaut und 1911 in einem zusammenfassenden Gesetze zu vorläufigem Abschluß gebracht worden. Zugleich wandte sich die sozialpolitische Fürsorge auch dem neu entstehenden Mittelstande der Ungefesten in den Privatbetrieben zu, die in ähnlicher Weise wie die Arbeiter einer Krankheits-, Invaliditäts- und Altersversicherung unterstellt wurden. Man ging dabei von der Erwägung aus, daß die notdürftige Sicherung der Existenz, die dadurch herbeigeführt werden soll, nicht als Polster der Trägheit wirken werde, daß die vielgescholtene Rentensucht doch nur als eine unerfreuliche Begleiterscheinung der segensreichen neuen sozialpolitischen Ordnungen anzusehen sei, daß die Gefahr einer Erschlaffung der Selbstverantwortlichkeit und Arbeitsenergie in den Massen des Volkes doch nur in der Einbildung pessimistisch übertreibender Beurteiler bestehe. Die Früchte einer solchen Gesetzgebung können natürlich erst in Jahrzehnten reifen; man wird aber hoffen dürfen, daß dadurch nicht nur mehr innere Ruhe und Freudigkeit in das Leben der arbeitenden Klassen kommen wird, sondern daß auf die Dauer diese Verbesserung ihrer Lebensbedingungen nicht ohne Einfluß auf eine gesündere Entwicklung ihrer vaterländischen und staatlichen Gesinnung bleiben wird. In diesen Zusammenhang gehört auch die preussische Steuerreform von 1891, die ja vor allem den Gesichtspunkt der sozialen Gerechtigkeit zur Geltung gebracht hat; und wenn im Reiche in dieser Hinsicht noch keine allgemein befriedigende Neuordnung gelungen ist, so liegt darin nur eine Andeutung dessen, was in Zukunft noch zu tun bleibt, um das Gefühl der staatlichen Interessengemeinschaft in allen Schichten unseres Volkes noch stärker und allgemeiner zu machen. Der Prozeß der inneren Staatsbildung, durch den die Bevölkerung eines Staates zum politisch bewußten Volke wird, ist bei uns in Preußen und Deutschland ein anderer gewesen, als in den Musterländern des Parlamentarismus und der Demokratie. In England beispielsweise hat er sich so vollzogen, daß die alte ständische Aristokratie sich mit den übrigen Klassen verband, um das Königtum herabzudrücken und die Regierungsgewalt dem Namen nach in die Hände der Volksgesamtheit, tatsächlich in die Hände der herrschenden Klassen zu bringen. Bei uns in Preußen und in Deutschland überhaupt bildet die Monarchie den festen Kristallisationskern, um den herum sich die verschiedenen Schichten der Bevölkerung zusammengeschlossen haben, voran der Adel in enger Verbindung mit dem Offizierkorps der Armee, zum Teil auch mit dem Beamtentum, das aus adligen und bürgerlichen Elementen zusammengesetzt war; dann die gebildeten Klassen und das gesamte Bürgertum bis tief hinab in die unteren Schichten, die namentlich auch durch die militärische Organisation des Volksherees von dem monarchischen Staatsgeist berührt wurden; dieser Prozeß ist durch die sozialdemokratische Bewegung zeitweise gestört worden, aber vielleicht nur scheinbar; ihn zu vollenden ist die Aufgabe der Zukunft.

Diese Friedensarbeit mußte geleistet werden mit dem Schwert in der Hand. Unsere Mittellage setzte uns bei der fortdauernden Revanchelust in Frankreich, bei der Empfindlichkeit der Reibungsflächen auf der Balkanhalbinsel, an der